



Plenartagung

Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 4. bis 7. April 2011

Kernenergie in Europa: Abgeordnete debattieren über Stresstests und Sicherheitsstandards..... 4

Abgeordnete, Rat und Kommission werden am Mittwoch um 15 Uhr über Stresstests für Atomkraftwerke und die Kriterien diskutieren, die notwendig sind, um die höchsten Sicherheitsstandards zu gewährleisten. Auch der künftige Energiemix der EU-Mitgliedstaaten und die aus den nuklearen Unfällen in Japan zu ziehenden Lehren werden wohl Themen der Debatte sein. Am Donnerstag werden die Abgeordneten über eine entsprechende Entschließung abstimmen.

Krise auf Lampedusa: welche Lösung für Migranten aus Nordafrika?..... 5

Die Notwendigkeit einer stärkeren Antwort der EU auf die Migrantenkrise auf der italienischen Insel Lampedusa wird am Montag mit der Europäischen Kommission debattiert werden. Bisher haben über 15.000 Migranten Lampedusa erreicht. Die Abgeordneten werden auch über eine Entschließung abstimmen, in der langfristige mögliche Lösungen für Migranten auf der Flucht aus Krisengebieten analysiert werden.

Debatte über die Ergebnisse des Europäischen Rates..... 6

Am Dienstagmorgen wird der Präsident des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, mit den Abgeordneten über die Ergebnisse der letzten Tagung des Europäischen Rates diskutieren. Voraussichtlich geht es um die Forderung, die Krise der Eurozone durch EU-Gesetze und nicht nur durch intergouvernementale Verpflichtungen zu lösen, und um die die Notwendigkeit, Wachstum und Beschäftigung in den Mittelpunkt des Modells der gemeinsamen Wirtschaftsführung zu stellen.

EP debattiert die EU-Strategie zur Integration der Roma..... 7

Am Dienstag um 16 Uhr werden die Abgeordneten Maßnahmen zur besseren Integration der Roma-Bevölkerung diskutieren, kurz nachdem diese von der Europäischen Kommission am 5. April in Straßburg angenommen wurden. Das Hauptanliegen des EU-Parlamentes ist die Einführung von verbindlichen EU-Standards, um besseren Zugang zu Beschäftigung, Bildung, Wohnen und Gesundheitswesen sicherzustellen.

Lage in Syrien, Bahrain und im Jemen // Überarbeitung der EU-Nachbarschaftspolitik nötig..... 8

Am Mittwoch werden die Abgeordneten mit der Hohen Vertreterin Catherine Ashton über die derzeitige Lage in Syrien, Bahrain und im Jemen diskutieren; am Donnerstag werden sie über eine entsprechende Entschließung abstimmen. Weiterhin werden sie über zwei weitere Entschließungen abstimmen, in denen eine profunde Überprüfung der Europäischen Nachbarschaftspolitik gefordert wird.

Votum über EU-Beitrittsreife Islands und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien..... 9

Fortschritte auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft dieser beiden Länder werden am Mittwoch vom Parlament diskutiert. In den entsprechenden Entschließungsentwürfen rufen die Abgeordneten zur Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien auf und begrüßen die Aussicht auf den Beitritt Islands, sofern Lösungen in Bezug auf Walfang und Schutz der Fischbestände gefunden werden. Die Abstimmungen über beide Entschließungen sind für Donnerstag anberaumt.

Der Parlamentshaushalt 2012 soll preisbereinigt sinken..... 10



Plenartagung

Der Haushalt des Parlaments für das Jahr 2012 sollte sich um weniger als die Inflationsrate erhöhen, so einer der Vorschläge, über die die Abgeordneten am Mittwoch abstimmen werden. Insgesamt soll der Haushalt 1,725 Milliarden Euro betragen, was zwar eine Erhöhung um 2,3 % darstellt, jedoch unter der Inflationsrate der EU-27 von 2,8 % liegt.

Der Binnenmarkt: Die Zeit drängt..... 11

Die Abgeordneten werden am Mittwoch über drei Resolutionen über die "Binnenmarktakte" abstimmen. Die Binnenmarktakte ist ein Gesamtprogramm, das die Kommission im Oktober 2010 angenommen hat mit dem Ziel, dem EU-Binnenmarkt am Vorabend des 20. Jahrestags der Einführung des ursprünglichen Binnenmarktprogramms neuen Aufschwung zu geben.

Parlament fordert EU-Rechtsstatus für europäische politische Parteien..... 12

Welche gesetzlichen Vorschriften künftig für politische Parteien auf EU-Ebene gelten sollen, wird am Dienstag im Zentrum der Debatte stehen. Die Abgeordneten setzen sich dafür ein, den Parteien Rechtspersönlichkeit zuzuerkennen, ihnen mehr Flexibilität bei der Finanzierung, ein höheres Spendenlimit sowie das Recht einzuräumen, sich an Kampagnen vor Referenden zu beteiligen. Über den Entschließungsantrag wird am Mittwoch abgestimmt.

Abgeordnete fordern automatische Strafverfolgung für sexuelle Gewalt..... 13

Sexuelle Gewalt an und Vergewaltigung von Frauen sollen in allen EU-Mitgliedstaaten als Verbrechen anerkannt werden. Solche Straftaten sollen zudem eine automatische Strafverfolgung nach sich ziehen, heißt es in einem am Donnerstag abzustimmenden Resolutionsentwurf. Vergewaltigung wird in mehreren Mitgliedstaaten nicht als eine Straftat betrachtet, die eine Verfolgung von Amts wegen nach sich zieht. Ferner fordern die Abgeordneten ein strafrechtliches Instrument gegen geschlechtsbezogene Gewalt.

Strengere parlamentarische Kontrolle von Ausfuhrkontrollen für Güter mit doppeltem Verwendungszweck..... 14

Die praktische Anwendung der Regeln für die Ausfuhr von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck durch die Europäische Kommission soll künftig strenger durch das Parlament kontrolliert werden. Darunter werden Güter verstanden, die sowohl für zivile als auch militärische Zwecke verwendet werden können - wie nukleare Zentrifugen, schädliche Viren oder Kryptographie-Programme.

DHA in Babynahrung: Parlament entscheidet über gesundheitsbezogene Angaben 15

Die EU-Abgeordneten werden darüber entscheiden, ob zugelassen werden soll, dass Hersteller von Babynahrung behaupten dürfen, der Zusatz von DHA - der mehrfach ungesättigten Fettsäure Docosahexaensäure - in Babynahrung "trägt zur normalen Entwicklung der Sehkraft bei Säuglingen bis zum Alter von 12 Monaten bei."

Weitere Punkte auf der Tagesordnung..... 16

Plenartagung

Pressedienst (Brüssel) :
Constanze BECKERHOFF

BXL: (+32) 2 28 44302
STR: (+33) 3 881 73780
PORT: (+32) 498 98 35 50
EMAIL: presse-de@europarl.europa.eu

Pressedienst (Brüssel) :
Michaela FINDEIS

BXL: (+32) 2 28 31141
STR: (+33) 3 881 73603
PORT: (+32) 498 98 33 32
EMAIL: presse-de@europarl.europa.eu

Pressedienst (Brüssel) :
Ayla Sultan ÇIÇEK

BXL: (+32) 2 28 41009
STR: (+33) 3 881 74151
PORT: (+32) 498 98 13 37
EMAIL: presse-de@europarl.europa.eu

Pressedienst (Berlin) :
Jens POTTHARST

STR: (+33) 3 881 64025
PORT: (+49) 151 17 257 196
EMAIL: jens.pottharst@europarl.europa.eu
ADDINFO: (+49) 30 22 80 12 00

Pressedienst (Wien) :
Georg PFEIFER

STR: (+33) 3 881 74848
PORT: (+43) 699 104 68 901
EMAIL: georg.pfeifer@europarl.europa.eu
ADDINFO: (+43) 1 51 61 72 06

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/newsletter_all/default/default_de.htm

Weitere Informationen:

- [Tagesordnung](#)
- [Plenarsitzung live auf EuroparlTV](#)
- [Live-Übertragungen der Pressekonferenz auf EP Live](#)
- [Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen Live](#)
- [Webseite des Audiovisuellen Dienstes des EP \(EN\)](#)

Plenartagung

Kernenergie in Europa: Abgeordnete debattieren über Stresstests und Sicherheitsstandards

Abgeordnete, Rat und Kommission werden am Mittwoch um 15 Uhr über Stresstests für Atomkraftwerke und die Kriterien diskutieren, die notwendig sind, um die höchsten Sicherheitsstandards zu gewährleisten. Auch der künftige Energiemix der EU-Mitgliedstaaten und die aus den nuklearen Unfällen in Japan zu ziehenden Lehren werden wohl Themen der Debatte sein. Am Donnerstag werden die Abgeordneten über eine entsprechende EntschlieÙung abstimmen.

Bereits am 23. März fand im Rahmen der letzten Plenarsitzung in Brüssel eine Debatte über Japans Atomkrise statt. Am darauf folgenden Tag verabschiedete das Plenum eine EntschlieÙung, in der es Solidarität mit den Betroffenen zeigte.

Debatte: Mittwoch, 6. April 2011

Abstimmung: Donnerstag, 7. April 2011

Verfahren: Erklärung des Rates und der Kommission mit anschließender Debatte und EntschlieÙung

Weitere Informationen:

- [EntschlieÙung des EP zur Lage in Japan \(24.03.2011\)](#)
- [Videoaufnahmen der Debatte über die Lage in Japan \(Klicken Sie bitte auf 23.03.2011\)](#)

Plenartagung

Krise auf Lampedusa: welche Lösung für Migranten aus Nordafrika?

Die Notwendigkeit einer stärkeren Antwort der EU auf die Migrantenkrise auf der italienischen Insel Lampedusa wird am Montag mit der Europäischen Kommission debattiert werden. Bisher haben über 15.000 Migranten Lampedusa erreicht. Die Abgeordneten werden auch über eine Entschließung abstimmen, in der langfristige mögliche Lösungen für Migranten auf der Flucht aus Krisengebieten analysiert werden.

Einige Abgeordnete der S&D-Fraktion haben bereits die Europäische Kommission aufgefordert, unverzüglich eine Sitzung der EU-Innenminister einzuberufen, um eine gemeinsame Antwort auf die Notlage auf Lampedusa zu finden. Andere Abgeordnete - hauptsächlich aus der EVP-Fraktion - haben Kommissarin Malmström zur Aktivierung des EU-Solidaritätsmechanismus aufgefordert, der für Fälle eines massiven Zustroms von Vertriebenen vorgesehen ist. Bei einem Besuch Lampedusas am 30. März versprach Ministerpräsident Berlusconi, dass die Insel "in 48 Stunden" frei von Migranten sein werde.

In einem vom italienischen Abgeordneten Fiorello Provera (EFD) für den Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten verfassten Entschließungsentwurf fordern die Abgeordneten, dass das momentan ausgesetzte EU-Libyen-Kooperationsabkommen über Migration wieder in Kraft treten solle, so bald es eine neue Übergangsregierung gibt, die die Menschenrechte achten kann. Im Text wird ferner darauf hingewiesen, dass Maßnahmen zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit in den Heimat- und Transitländern der Einwanderer die beste langfristige Lösung seien.

Debatte: Montag, 4. April 2011

Abstimmung (Bericht von Provera): Dienstag, 5. April 2011

Verfahren: Nicht-legislative Entschließung

Weitere Informationen:

- [Bericht über Migrationströme von 18.01.2011](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatters Fiorello PROVERA \(EFD, IT\)](#)

Plenartagung

Debatte über die Ergebnisse des Europäischen Rates

Am Dienstagmorgen wird der Präsident des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, mit den Abgeordneten über die Ergebnisse der letzten Tagung des Europäischen Rates diskutieren. Voraussichtlich geht es um die Forderung, die Krise der Eurozone durch EU-Gesetze und nicht nur durch intergouvernementale Verpflichtungen zu lösen, und um die Notwendigkeit, Wachstum und Beschäftigung in den Mittelpunkt des Modells der gemeinsamen Wirtschaftsführung zu stellen.

Mögliche weitere Themen sind Japans Krise, nukleare Fragen und der Konflikt in Libyen.

Das Europäische Parlament teilt sich mit den Mitgliedstaaten die gesetzgebende Gewalt über das aus sechs Vorschlägen bestehende Legislativpaket zur gemeinsamen Wirtschaftsführung. Die Verhandlungen werden voraussichtlich Ende April beginnen und zielen auf eine Einigung im Juni ab.

Debatte: Dienstag, 5. April 2011

Verfahren: Erklärung des Präsidenten des Rates mit anschließender Debatte

Weitere Informationen:

- [Ergebnisse des Europäischen Rates \(EN\)](#)

Plenartagung

EP debattiert die EU-Strategie zur Integration der Roma

Am Dienstag um 16 Uhr werden die Abgeordneten Maßnahmen zur besseren Integration der Roma-Bevölkerung diskutieren, kurz nachdem diese von der Europäischen Kommission am 5. April in Straßburg angenommen wurden. Das Hauptanliegen des EU-Parlamentes ist die Einführung von verbindlichen EU-Standards, um besseren Zugang zu Beschäftigung, Bildung, Wohnen und Gesundheitswesen sicherzustellen.

Die Kommissare Viviane Reding and László Andor werden diese Maßnahmen den EU-Abgeordneten vorstellen.

Debatte: Dienstag, 5. April 2011

Verfahren. Erklärung der Europäischen Kommission mit anschließenden Stellungnahmen von Fraktionssprechern

Weitere Informationen:

- [Entschließung des Europäischen Parlaments vom 9. März 2011 zur EU-Strategie zur Integration der Roma](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Plenum](#)

Plenartagung

Lage in Syrien, Bahrain und im Jemen // Überarbeitung der EU-Nachbarschaftspolitik nötig

Am Mittwoch werden die Abgeordneten mit der Hohen Vertreterin Catherine Ashton über die derzeitige Lage in Syrien, Bahrain und im Jemen diskutieren; am Donnerstag werden sie über eine entsprechende Entschließung abstimmen. Weiterhin werden sie über zwei weitere Entschließungen abstimmen, in denen eine profunde Überprüfung der Europäischen Nachbarschaftspolitik gefordert wird.

Die EU sollte in Osteuropa und im Mittelmeerraum eine aktive Rolle als Spieler, nicht nur als Zahler einnehmen, so der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten. In einem Resolutionsentwurf zur südlichen Dimension der Europäischen Nachbarschaftspolitik von Mario David (EVP, Portugal) fordern die Abgeordneten mehr Transparenz in dem Prozess der Europäischen Kommission, in dem sie der Partnerschaft mit bestimmten Ländern einen "fortgeschrittenen Status" gewährt. Es sollte leichter werden, Abkommen mit Drittländern im Falle schwerwiegender Verstöße gegen die Menschenrechte auszusetzen, so die Abgeordneten.

In Bezug auf die "östliche Dimension" der EU-Beziehungen mit seinen Nachbarn fordern die Abgeordneten in dem Entschließungsentwurf von Marek Siwiec (S&D, Polen) eine stärkere Differenzierung je nach dem Verdienst der Partner im Osten, so dass den fortgeschrittensten "ein schnellerer Weg" hin zu einer europäischen Perspektive gegeben werden könnte. Solch eine "à la carte"-Strategie könnte dazu beitragen, Reformen anzuregen, glauben die Abgeordneten. In Bezug auf Belarus sollte die EU ihre Nichtanerkennungspolitik gegenüber der Regierung erhalten, während informelle Kontakte mit Organisationen der Zivilgesellschaft gefördert werden sollten.

Hintergrund

Die östliche Dimension der Europäischen Nachbarschaftspolitik umfasst 16 Länder in Osteuropa, dem Kaukasus, Nordafrika und dem Nahen Osten. Hierzu gehören sechs postsowjetische Staaten: Ukraine, Moldawien, Belarus (obwohl hier die Kooperation noch nicht einsatzfähig ist), Armenien, Aserbaidschan und Georgien. Die südliche Dimension umfasst Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, den Libanon, Libyen, Marokko, die Palästinensischen Gebiete, Syrien und Tunesien.

Debatte: Mittwoch, 6. April 2011 Europäische Nachbarschaftspolitik

Abstimmung: Donnerstag, 7. April 2011

Verfahren: Nicht-legislative Entschließung

Erklärung über die Lage in Syrien, Bahrain und im Jemen: Mittwoch, 6. April 2011

Abstimmung: Donnerstag, 7. April 2011

Weitere Informationen:

- [Pressemitteilung zum ENP Revision \(16.03.2011\)](#)
- [Entschließungsentwurf zur Überprüfung der Europäischen Nachbarschaftspolitik – südliche Dimension](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatter - südlichen Dimension, Mario David \(EVP, PT\)](#)
- [Entschließungsentwurf zur Überprüfung der Europäischen Nachbarschaftspolitik – Östliche Dimension](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters - östliche Dimension, Marek SIWIEC \(S&D, PL\)](#)

Plenartagung

Votum über EU-Beitrittsreife Islands und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien

Fortschritte auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft dieser beiden Länder werden am Mittwoch vom Parlament diskutiert. In den entsprechenden Entschließungsentwürfen rufen die Abgeordneten zur Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien auf und begrüßen die Aussicht auf den Beitritt Islands, sofern Lösungen in Bezug auf Walfang und Schutz der Fischbestände gefunden werden. Die Abstimmungen über beide Entschließungen sind für Donnerstag anberaumt.

Die Abgeordneten des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten begrüßen im Entschließungsantrag von Kristian Preda (EVP, Rumänien) die Aussicht, eine der ältesten Demokratien Europas in den Kreis der Europäischen Union aufzunehmen. Die Beitrittsverhandlungen Islands haben erst vergangenes Jahr begonnen. Unter den noch zu klärenden Fragen heben die Abgeordneten insbesondere den Streit um Icesave hervor, der das Vereinigte Königreich und die Niederlande betrifft und am 9. April Gegenstand eines Referendums in Island ist. Zu den offenen Fragen zählen auch der - in der EU verbotene - Walfang und Islands Wunsch, seine Fisch- und Agrarmärkte zu schützen.

Im Fall der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien fordern die Abgeordneten in ihrem Entschließungsantrag die sofortige Aufnahme von Beitrittsverhandlungen. Sie bedauern jedoch, dass der Namensstreit mit Griechenland den Weg zur vollen EU-Mitgliedschaft nach wie vor versperrt. Zudem drängen die Abgeordneten auf eine Beilegung des Streits, der zur Pattstellung zwischen Regierung und Opposition geführt hat, und fordern Fortschritte in den Bereichen Medienfreiheit, Justizreform und Kampf gegen die Korruption.

Debatte: Mittwoch, 6. April 2011

Abstimmung: Donnerstag, 7. April 2011

Verfahren: Nichtlegislative Resolutionen (Fortschrittsbericht).

Weitere Informationen:

- [Entschließung \(EN/FR\) - Island](#)
- [Pressemitteilung vom 22. März 2011 über Island](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatters Cristian DAN PREDA \(EVP, RO\)](#)
- [Entschließung \(EN/FR\) - der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien](#)
- [Pressemitteilung vom 16. März 2011 über der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Kristian VIGENIN \(S&D, BG\)](#)

Plenartagung

Der Parlamentshaushalt 2012 soll preisbereinigt sinken

Der Haushalt des Parlaments für das Jahr 2012 sollte sich um weniger als die Inflationsrate erhöhen, so einer der Vorschläge, über die die Abgeordneten am Mittwoch abstimmen werden. Insgesamt soll der Haushalt 1,725 Milliarden Euro betragen, was zwar eine Erhöhung um 2,3 % darstellt, jedoch unter der Inflationsrate der EU-27 von 2,8 % liegt.

"Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen und budgetären Lage in den Mitgliedstaaten sollte das Parlament haushaltspolitische Verantwortung und Zurückhaltung an den Tag legen, indem es unterhalb der Inflationsrate bleibt," so der Bericht des Haushaltsausschusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Europäischen Parlaments für das Haushaltsjahr 2012, verfasst von José Manuel Fernandes (EVP, Portugal).

Zur Reduzierung des realen Wachstums des EP-Haushalts empfiehlt der Haushaltsausschuss dem Plenum Einsparungen in Höhe von 13,7 Millionen Euro. Diese sollen unter anderem durch Kürzungen der Mittel für die politischen Parteien und Stiftungen, für Informationskampagnen, IT, die Instandhaltung von Gebäuden und der geplanten Anzahl von Stellen erreicht werden. Entscheidungen über zusätzliche Bestimmungen für die 18 neuen Abgeordneten als direkte Folge des Inkrafttretens des Vertrags von Lissabon und die Kosten im Zusammenhang mit der zu erwartenden Erweiterung um Kroatien wurden verschoben, bis endgültige Entscheidungen getroffen werden.

Auch die anderen EU-Institutionen haben ihre Haushaltsvoranschläge der Europäischen Kommission übermittelt. Die Kommission wird am 20. April den Haushaltsentwurf für die gesamte EU vorstellen.

Debatte: Dienstag, 5. April 2011

Abstimmung: Mittwoch, 6. April 2011

Verfahren: Haushaltsverfahren

Weitere Informationen:

- [Berichtsentwurf vom 10. März 2011](#)
- [Pressemitteilung vom 24. März 2011 \(EN/FR\)](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters José Manuel FERNANDES \(EVP, PT\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)

Plenartagung

Der Binnenmarkt: Die Zeit drängt

Die Abgeordneten werden am Mittwoch über drei Resolutionen über die "Binnenmarktakte" abstimmen. Die Binnenmarktakte ist ein Gesamtprogramm, das die Kommission im Oktober 2010 angenommen hat mit dem Ziel, dem EU-Binnenmarkt am Vorabend des 20. Jahrestags der Einführung des ursprünglichen Binnenmarktprogramms neuen Aufschwung zu geben.

In dem Bericht zum "Binnenmarkt für die europäischen Bürger" zeigen sich die Abgeordneten der Auffassung, "dass sich die Bemühungen um eine Vollendung des Binnenmarkts auf die Sorgen der Bürger, Verbraucher, Nutzer von öffentlichen Dienstleistungen und Unternehmen konzentrieren und ihnen spürbare Vorteile bringen müssen, um das uneingeschränkte Vertrauen in den Binnenmarkt wiederherzustellen".

Unter anderem fordern die Abgeordneten eine leichtere grenzüberschreitende Anerkennung von Berufsqualifikationen und die Schaffung eines "Europäischen Kompetenzpasses", eine Erweiterung der bestehenden Roaming-Verordnung, mehr Transparenz und Vergleichbarkeit der Bankgebühren und eine vollständige Übertragbarkeit von Rentenansprüchen.

Ein Kompromissantrag der S&D, der Grüne/EFA und der VEL/NGL-Fraktion über die Aufnahme einer Sozialklausel und einer Garantie für soziale Dienstleistungen von allgemeinem Interesse wurde bei der Abstimmung im Ausschuss abgelehnt. Daraufhin enthielt sich die S&D-Fraktion bei der Schlussabstimmung, während die Grüne/EFA und die VEL/NGL-Fraktion dagegen stimmten.

Allgemeine Grundsätze jetzt, detaillierte Rechtsvorschriften später

Als Ganzes genommen stellen die drei vom Binnenmarktausschuss eingebrachten Entschlüsse über "Governance und Partnerschaft auf dem Binnenmarkt", "Ein Binnenmarkt für Unternehmen und Wachstum" und "Ein Binnenmarkt für die europäischen Bürger" die erste Reaktion des Parlaments und erste Empfehlungen an die Kommission dar.

Die detaillierte Prüfung und Abstimmung über Rechtsvorschriften wird zu einem späteren Zeitpunkt folgen, da jedes neue von der Kommission vorgeschlagene Gesetz im Parlament zur Sprache kommen wird, dass gemeinsam mit dem Ministerrat die endgültige Entscheidungsbefugnis besitzt.

Kommissar Barnier wird konkrete Initiativen und Maßnahmen, die im Rahmen der Binnenmarktakte angenommen werden sollen, am 13. April bekannt geben.

Debatte: Mittwoch, 6. April 2011

Abstimmung: Mittwoch, 6. April 2011

Verfahren: Nichtlegislative Entschlüsse

Weitere Informationen:

- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Sandra KALNIETE \(EVP, LV\)](#)
- [Persönliche Daten des Berichtstatters Christian Silviu BUȘOI \(ALDE, RO\)](#)
- [Persönliche Daten des Berichtstatters António Fernando CORREIA DE CAMPOS \(S&D, PT\)](#)

Plenartagung

Parlament fordert EU-Rechtsstatus für europäische politische Parteien

Welche gesetzlichen Vorschriften künftig für politische Parteien auf EU-Ebene gelten sollen, wird am Dienstag im Zentrum der Debatte stehen. Die Abgeordneten setzen sich dafür ein, den Parteien Rechtspersönlichkeit zuzuerkennen, ihnen mehr Flexibilität bei der Finanzierung, ein höheres Spendenlimit sowie das Recht einzuräumen, sich an Kampagnen vor Referenden zu beteiligen. Über den Entschließungsantrag wird am Mittwoch abgestimmt.

Derzeit sind die meisten politischen Parteien auf EU-Ebene als Nichtregierungsorganisationen in verschiedenen Ländern registriert. Der von der griechischen Abgeordneten Marietta Giannakou verfasste Entschließungsantrag zielt auf mehr organisatorische Harmonisierung ab. Die Abgeordneten schlagen vor, diesen Parteien einen auf EU-Recht gründenden gesetzlichen und steuerlichen Status zu verleihen.

In der Entschließung empfehlen die Parlamentarier, die derzeitigen Regeln in Bezug auf Eigenmittel der Parteien zu lockern und das Spendenlimit von jährlich 12.000 auf 25.000 Euro anzuheben. Auch sollte das Verbot einer Teilnahme an Kampagnen im Rahmen von EU-weiten Referenden aufgehoben werden.

EU-weite politische Parteien sind Dachorganisationen, die sich aus nationalen politischen Parteien der Mitgliedstaaten zusammensetzen. Sie fallen unter eine EU-Verordnung aus dem Jahr 2003. Die Resolution des Parlaments kann zu einem späteren Zeitpunkt in einen Gesetzesvorschlag zur Novellierung der bestehenden Verordnung münden.

Debatte: Dienstag, 5. April 2011

Abstimmung: Mittwoch, 6. April 2011

Verfahren: Entschließungsantrag

Weitere Informationen:

- [Berichtsentwurf vom 18. März 2011 - politische Parteien](#)
- [Pressemitteilung vom 15. März 2011 \(EN\)](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Marietta GIANNAKOU \(EVP, EL\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)
- [Politische Parteien auf europäischer Ebene](#)

Plenartagung

Abgeordnete fordern automatische Strafverfolgung für sexuelle Gewalt

Sexuelle Gewalt an und Vergewaltigung von Frauen sollen in allen EU-Mitgliedstaaten als Verbrechen anerkannt werden. Solche Straftaten sollen zudem eine automatische Strafverfolgung nach sich ziehen, heißt es in einem am Donnerstag abzustimmenden Resolutionsentwurf. Vergewaltigung wird in mehreren Mitgliedstaaten nicht als eine Straftat betrachtet, die eine Verfolgung von Amts wegen nach sich zieht. Ferner fordern die Abgeordneten ein strafrechtliches Instrument gegen geschlechtsbezogene Gewalt.

Frauen in der Europäischen Union sind nicht in gleichem Maße gegen männliche Gewalt geschützt, da sich politische Maßnahmen und Rechtsvorschriften in den Mitgliedstaaten unterscheiden.

Am Mittwochabend werden sich die Abgeordneten mit der Kommission über den Gebrauch von sexueller Gewalt in kriegesischen und bewaffneten Konflikten im Nahen Osten und in Nordafrika auseinandersetzen. Über eine diesbezügliche Resolution wird am Donnerstag abgestimmt.

Eine Pressekonferenz der Berichterstatterin Eva-Britt Svensson (VEL/NGL, Schweden) ist für Dienstag, 5. April, 16:00 - 16:30 Uhr, in Straßburg vorgesehen.

Debatte: Montag, 4. April 2011 Bericht von Eva-Britt Svensson; Mittwoch, 6. April 2011 Gebrauch von sexueller Gewalt

Abstimmung: Dienstag, 5. April 2011 Bericht von Eva-Britt Svensson; Donnerstag, 7. April 2011 Gebrauch von sexueller Gewalt

Verfahren: Nichtbindende Resolutionen

Weitere Informationen:

- [Entschließung vom 18. März 2011 - Gewalt gegen Frauen](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin Eva-Britt SVENSSON \(VEL/NGL, SV\)](#)
- [Live-Übertragungen der Pressekonferenz auf EP Live](#)

Plenartagung

Strengere parlamentarische Kontrolle von Ausfuhrkontrollen für Güter mit doppeltem Verwendungszweck

Die praktische Anwendung der Regeln für die Ausfuhr von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck durch die Europäische Kommission soll künftig strenger durch das Parlament kontrolliert werden. Darunter werden Güter verstanden, die sowohl für zivile als auch militärische Zwecke verwendet werden können - wie nukleare Zentrifugen, schädliche Viren oder Kryptographie-Programme.

Die Abgeordneten sind bereit, für die Erweiterung der Zahl der nicht sensiblen Güter, die in bestimmte, nicht sensible Bestimmungsländer exportiert werden können, grünes Licht zu geben, sofern der Informationsaustausch und die parlamentarische Kontrolle des Meldesystems verbessert werden.

Abstimmung: Dienstag, 5. April 2011

Verfahren: Mitentscheidung, 1. Lesung (Einigung in 1. Lesung)

Weitere Informationen:

- [Berichtsentwurf](#)
- [Persönliche Daten des Berichterstatters Jörg LEICHTFRIED \(S&D, AT\)](#)
- [Legislative Beobachtungsstelle - Informationen zum Bericht \(EN/FR\)](#)

Plenartagung

DHA in Babynahrung: Parlament entscheidet über gesundheitsbezogene Angaben

Die EU-Abgeordneten werden darüber entscheiden, ob zugelassen werden soll, dass Hersteller von Babynahrung behaupten dürfen, der Zusatz von DHA - der mehrfach ungesättigten Fettsäure Docosahexaensäure - in Babynahrung "trägt zur normalen Entwicklung der Sehkraft bei Säuglingen bis zum Alter von 12 Monaten bei."

Der Ausschuss für Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit empfiehlt dem Haus, dass es die gesundheitsbezogene Angabe nicht genehmigen soll. Die Abgeordneten glauben unter anderem, dass mehr Forschung über die Auswirkungen von DHA erforderlich ist.

DHA (Docosahexaensäure) ist eine mehrfach ungesättigte Fettsäure, die unter anderem in der Muttermilch vorhanden ist. In synthetischer Form wird sie heute schon einigen Säuglingsnahrungen zugesetzt. Hersteller haben nun beantragt, folgende gesundheitsbezogene Angabe für DHA für Babynahrung für Säuglinge von 6 - 12 Monaten machen zu dürfen: „Die Aufnahme von Docosahexaensäure (DHA) trägt zur normalen Entwicklung der Sehkraft bei Säuglingen bis zum Alter von 12 Monaten bei.“

Abstimmung: Mittwoch, 6. April 2011

Verfahren: Regelungsverfahren mit Kontrolle

Weitere Informationen:

- [Entwurf einer Entschließung mit ENVI angenommen](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(16.03.2011\)](#)

Plenartagung

Weitere Punkte auf der Tagesordnung

- Minimalstandards für Verfahren in den Mitgliedstaaten zur Gewährung von internationalem Schutz
Bericht: Sylvie Guillaume
- Europäische Tourismusstatistiken
Bericht Brian Simpson
- Die Rolle der Frauen in der Landwirtschaft und in ländlichen Gegenden
Bericht Elisabeth Jeggle
- Effizienz und Effektivität von EU-Finanzierung für Dekommissionierung von Atomkraftwerken in den neuen Mitgliedstaaten
Bericht Marian-Jean Marinescu
- Die künftige Europäische internationale Investmentpolitik
Bericht Kader Arif
- Öffentlich unterstützte Exportkredite
Bericht Yannik Jadot
- Inanspruchnahme des Europäischen Fonds zur Anpassung an die Globalisierung: Polen, Podkarpackie – Maschinenbau
Bericht: Barbara Matera
- Inanspruchnahme des Europäischen Fonds zur Anpassung an die Globalisierung: Tschechische Republik – UNILEVER
Bericht: Barbara Matera
- Schutz der finanziellen Interessen der Union – Betrugsbekämpfung
Bericht: Cătălin Sorin Ivan
- Fangmöglichkeiten und finanzielle Gegenleistung nach dem partnerschaftlichen Fischereiabkommen zwischen der EG und den Komoren
Empfehlung: Luis Manuel Capoulas Santos
- Änderung der Verordnung (EG) über finanzielle Maßnahmen der Gemeinschaft zur Durchführung der Gemeinsamen Fischereipolitik und im Bereich des Seerechts
Bericht: João Ferreira
- Fischerei - Technische Übergangsmaßnahmen
Bericht: Estelle Grelier (A7-0024/2011)
- Einfuhr von Fischereierzeugnissen, lebenden Muscheln, Stachelhäutern, Manteltieren und Meeresschnecken aus Grönland
Bericht: Carmen Fraga Estévez (A7-0057/2011)
- Vierte Konferenz der Vereinten Nationen über die am wenigsten entwickelten Länder
Erklärungen des Rates und der Kommission
- Jahresbericht 2009 der EIB
Bericht: George Sabin Cutaş
- Impfung gegen die Blauzungenkrankheit
Bericht: Janusz Wojciechowski